



Für eine gerechte Welt ohne Armut:

Oxfams Empfehlungen zur Bundestagswahl 2025

Die durch eine Vielzahl von Krisen zunehmende Ungleichheit in Deutschland und weltweit ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Sie befördert Armut, ist eine Gefahr für die Demokratie und gefährdet die internationale Stabilität. Um soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit zu schaffen, brauchen wir eine Politik, die Ungleichheit bekämpft und gar nicht erst entstehen lässt – hier und weltweit. Wir brauchen Verteilungsgerechtigkeit im Rahmen der planetarischen Grenzen und Solidarität mit denjenigen, die von wirtschaftlicher Not, sozialer Ungleichheit, Umweltzerstörung, Naturkatastrophen oder bewaffneten Konflikten betroffen sind. Das Recht aller Menschen auf ein Leben in Würde muss gesichert sein.

Es bedarf entschiedener Unterstützungsmaßnahmen für einkommensschwache Länder und notleidende Menschen sowie einer umfassenden sozial-ökologischen und geschlechtergerechten Transformation. Dazu gehört die Dekarbonisierung der Wirtschaft, um weltweit die Zerstörung der Lebensgrundlagen, vor allem auch in Ländern des Globalen Südens aufzuhalten – die Transformation hin zu einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft in Deutschland ist somit auch eine Frage der globalen Gerechtigkeit. Eine solche Transformation muss von einer ausgleichenden Politik flankiert werden, die untere Einkommensgruppen entlastet und die Vermögendsten stärker in die Verantwortung nimmt.

Im Folgenden skizzieren wir Empfehlungen für die dafür unseres Erachtens wichtigsten Handlungsfelder für die kommende Bundesregierung.

Finanz- und Steuerpolitik:

Vermögende stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen

Durch die derzeitige Politik fehlen die finanziellen Spielräume, um eine funktionierende und Geschlechtergerechtigkeit fördernde Daseinsvorsorge zu gewährleisten und die internationalen Verpflichtungen Deutschlands zu erfüllen. Angesichts der knappen öffentlichen Haushalte gilt es, insbesondere Superreiche und Hochvermögende stärker in die Verantwortung zu nehmen. Sie müssen einen höheren Anteil zur Haushaltsfinanzierung beitragen. Weil sie extrem viel Treibhausgase verursachen, sollten sie auch zur Bewältigung der Klimakrise stärker herangezogen werden.

- Die kommende Bundesregierung sollte sich für die Wiedereinführung der **Vermögenssteuer sowie eine Vermögensabgabe** einsetzen, in deren Rahmen vor allem Superreiche und Hochvermögende einen höheren Beitrag zum Allgemeinwohl leisten. Dies trägt auch zu mehr Geschlechtergerechtigkeit bei, da Ungleichheiten abgebaut und zusätzliche Mittel in die Gleichstellung der Geschlechter investiert

werden können. Zudem sollte sich die nächste Bundesregierung für ein geschlechtergerechtes Steuersystem einsetzen, das traditionelle Geschlechterrollen und Einkommensunterschiede durch steuerliche Anreize aufbricht.

- Die kommende Bundesregierung sollte sich auf G20- und EU-Ebene für eine koordinierte internationale Vermögensbesteuerung einsetzen und Initiativen, wie die **G20-Initiative zur Besteuerung von Milliardär*innen**, unterstützen.
- Sie sollten sich zudem für innovative Finanzierungsmechanismen wie Vielfliegerabgaben und ähnliche Instrumente einsetzen.

Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe:

Finanzierungszusagen einhalten, in Bildung, Agrarökologie und Geschlechtergerechtigkeit investieren, Zivilgesellschaft stärken

Multiple Krisen, Kriege und wachsende Ungleichheit bedrohen die wirtschaftliche und menschliche Entwicklung weltweit. In dieser Situation muss Deutschland ein verlässlicher Partner in der internationalen Zusammenarbeit bleiben, globale transformative und feministische Lösungsansätze fördern und im Sinne der Agenda für Nachhaltige Entwicklung eine Politik verfolgen, die niemandem zurücklässt. Maßnahmen zur Überwindung der sozialen Ungleichheit sollten im Zentrum der deutschen Entwicklungspolitik stehen. Die Eckpfeiler dieser Politik sind geschlechtergerechte öffentliche Grunddienste in den Bereichen Grundbildung, Gesundheit und soziale Sicherung sowie eine agrarökologische Transformation. Angesichts zunehmender Einschränkungen gilt es Zivilgesellschaft weltweit zu stärken und ihre Handlungsräume zu schützen.

- Im Rahmen eines nationalen Plans mit detaillierten Maßnahmen gilt es, den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (**ODA-Quote**) von **mindestens 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE)** einzuhalten. 0,2% des BNE sollten in die einkommensschwächsten Länder (LDCs) fließen.
- Bildung ist der Schlüssel zur Überwindung von Ungleichheit. Für die **Förderung der Grundbildung** sollten zukünftig 110 Millionen Euro jährlich für die Globale Bildungspartnerschaft GPE sowie 50 Millionen Euro jährlich für den internationalen Fonds Education Cannot Wait bereitgestellt werden.
- **Die feministische Entwicklungs- und Außenpolitik muss konsequent weitergeführt und institutionalisiert werden.** Dafür sollte u.a. der Anteil der entwicklungspolitischen Projekte, die explizit auf Geschlechtergerechtigkeit abzielen (GG2) auf 20% der Mittel des AA und des BMZ ansteigen. Südgeführte feministische Fonds sollten stärker unterstützt und die Mittel für feministische Frauenrechts- und LGBTQIA+ Organisationen erhöht werden.
- Weltweit können sich mehr als 3 Milliarden Menschen keine gesunde Ernährung leisten. Die kommende Bundesregierung muss sich für eine grundlegende **ökologische Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme einsetzen.** Dafür bedarf es einer nachhaltigen finanziellen Förderung. Agrarökologie muss als zentrales Förderkonzept bei Klimaschutz und -anpassung, Biodiversität und im Agrar- und Ernährungsbereich verankert werden.
- Angesichts der Vielzahl globaler Krisen ist es unverzichtbar, dass Deutschland seine **humanitäre Hilfe** substanziell ausweitet. Es sollten mindestens 2,3 Milliarden Euro bereitgestellt werden, um den wachsenden Herausforderungen gerecht zu werden. Dies ist nicht nur ein Gebot der Solidarität mit Menschen in akuten Notsituationen,

sondern auch ein entscheidender Beitrag zur Stabilisierung von Konfliktregionen. Eine starke humanitäre Hilfe unterstreicht Deutschlands Rolle als verlässlicher internationaler Partner in Zeiten globaler Unsicherheit.

- Die kommende Bundesregierung sollte **unabhängige Zivilgesellschaft weltweit stärken** und auf multi- und bilateraler Ebene aktiv für den Schutz von jenen, die Menschenrechte verteidigen, sowie von zivilgesellschaftlichen Handlungsräumen einsetzen.

Asylpolitik:

Grundrechte schützen, Integration unterstützen

Die kommende Bundesregierung sich für eine Asyl- und Migrationspolitik einsetzen, die humanitäre Grundsätze und gesellschaftliche Integration in den Vordergrund stellt und so Deutschland und Europa stärkt. Gerade in Zeiten erhöhter Unsicherheit dürfen die Grundrechte der Menschen, die bei uns Schutz suchen, nicht dem Sicherheitsdenken geopfert werden.

- Um die Kommunen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten zu entlasten, ist eine deutliche **Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung** notwendig, um in Bildung, Sprachkurse und Wohnraum und somit in eine erfolgreiche Integration zu investieren.
- Ein **erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt** ist ebenso entscheidend, um Geflüchteten eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.
- Die kommende Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die in diesem Jahr beschlossenen **Reformen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)** so umgesetzt werden, dass sie den europäischen und internationalen Menschenrechtsstandards nicht widersprechen. Das Recht auf Asyl in der EU muss bewahrt bleiben.
- **Pushbacks von Asylsuchenden und Gewalt an den Außengrenzen der EU müssen beendet werden.** Das heißt u.a. die Kapazitäten für eine zügige und wirksame Bearbeitung von Asylanträgen zu erhöhen und menschenwürdige Aufnahmebedingungen in den Ländern an den EU-Außengrenzen sicherzustellen.

Friedenspolitik im Nahen Osten:

Dem Völkerrecht Geltung verschaffen

Der israelisch-palästinensische Konflikt droht immer weiter zu eskalieren. Dadurch ist nicht nur die Sicherheit Israels massiv bedroht, sondern den Menschen im besetzten palästinensischen Gebiet wird auch jegliche Perspektive für ein Leben in Frieden, Würde und Wohlstand geraubt. Dauerhafter Frieden in Nahost kann nur auf Basis der Achtung des Völkerrechts gelingen und Deutschland muss als einflussreicher Fürsprecher einer regelbasierten Ordnung viel energischer als bisher Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit international Geltung verschaffen.

- Die kommende Bundesregierung sollte sich deshalb für einen **Stopp des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus** sowie der fortschreitenden israelischen de-facto-Annexion weiter Teile des Westjordanlands einsetzen.

- Es gilt die **internationale Gerichtsbarkeit**, wie z.B. die VN-Untersuchungskommission und den Internationalen Gerichtshof, aktiv bei der Aufarbeitung von Völkerrechtsverstößen während des Kriegs in Israel, Gaza/Palästina sowie in der Region zu unterstützen.
- Die kommende Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass **Rüstungsgüter** nur dann nach Israel und andere Länder im Nahen Osten exportiert werden, wenn diese nicht zu Verletzungen der Menschenrechte oder des humanitären Völkerrechts eingesetzt werden.

Klimapolitik:

Bis 2040 klimaneutral werden, einkommensschwache Länder unterstützen

Die Politik der kommenden 5-10 Jahre wird darüber entscheiden, ob sich die schlimmsten Szenarien der Klimakrise noch verhindern lassen – oder ob die Welt sich auf einen absehbar unumkehrbaren Pfad katastrophaler Veränderungen, globaler Zerstörungen und umfassender Erosion von Lebensgrundlagen begibt, die schließlich ganze Gesellschaften überfordern könnten. Weder Deutschland noch die EU tragen bisher fair zum global nötigen Klimaschutz und zur Unterstützung einkommensschwacher Länder bei.

- Die kommende Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass die **EU bis spätestens 2040 klimaneutral** wird und den Ausstieg aus allen fossilen Energien vollzieht. Die bisherigen EU-Ziele sind angesichts der Verantwortung für die Klimakrise und der Wirtschaftskraft der EU kein fairer Beitrag, um die globale Erwärmung auf unter 1,5°C zu begrenzen.
- Für eine sozial gerechte Transformation in Deutschland sollte sich die kommende Bundesregierung dafür einsetzen, das eigentlich schon für die derzeitige Legislaturperiode vereinbarte "**Klimageld**" nunmehr nach der nächsten Bundestagswahl einzuführen.
- Deutschland sollte in Zukunft **einkommensschwachen Ländern** deutlich mehr **finanzielle Unterstützung im Kampf gegen die Klimakrise** bereitstellen. Das bisherige Ziel von jährlich 6 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt sollte perspektivisch auf jährlich mindestens 10 Milliarden Euro angehoben werden.

Wirtschafts- und Unternehmenspolitik:

Menschenrechte in Lieferketten schützen, Unternehmen sozial-ökologisch ausrichten

Die EU-Richtlinie zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten im Bereich Nachhaltigkeit (EU-CSDDD) muss ohne Absenkung des Schutzniveaus des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes ambitioniert umgesetzt werden. Sollte die CSDDD bis zum Ende dieser Legislaturperiode noch nicht vollständig in deutsches Recht überführt worden sein, muss für die kommende Bundesregierung eine schnelle und europarechtskonforme Überführung der Richtlinie Priorität haben. Im Zuge der Umsetzung müssen Schwächen des deutschen Lieferkettengesetzes ausgebessert werden und gleichzeitig das Schutzniveau des deutschen Gesetzes erhalten bleiben, wie es das Verschlechterungsverbot der CSDDD explizit vorschreibt.

- Die Anzahl der vom deutschen Gesetz erfassten Unternehmen darf bei der Umsetzung der **EU-CSDDD** nicht sinken und festgestellte Verstöße gegen Sorgfaltspflichten

müssen auch weiterhin einen Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge zur Folge haben.

- Das **behördliche Beschwerdeverfahren für Betroffene** muss deren Verfahrensrechte als Beteiligte im gesamten Verfahren sowie die Möglichkeit ihrer Anonymität gewährleisten.
- Die zukünftige Bundesregierung muss Landwirt*innen und Kleinbäuer*innen in und außerhalb der EU schützen und in Umsetzung der geänderten **EU-Richtlinie zu unlauteren Handelspraktiken** im Agrarorganisationen- und Lieferkettengesetz Einkäufer verpflichten, Preise zu zahlen, die mindestens die Produktionskosten decken.

Wir benötigen ein Wirtschaftssystem, das die Macht und den Einfluss sehr großer Konzerne reduziert und Unternehmen durch gesetzliche Regeln an das Allgemeinwohl bindet.

- Unternehmen sollten dazu verpflichtet werden, konkrete, sanktionierbare **Klimaübergangspläne** unter Einbeziehung der Beschäftigten zu entwickeln.
- **Der ökologische Umbau** muss mit der Demokratisierung und dem Abbau von Machtkonzentration in der Wirtschaft und der Stärkung von Arbeitnehmer*innenrechten weltweit verbunden werden. Alternative, demokratisch organisierte Unternehmensstrukturen sollten rechtlich und finanziell stärker gefördert werden.
- Die zukünftige Bundesregierung sich stärker für konkrete **Maßnahmen gegen Marktkonzentration** bis hin zu einer Entflechtung dominanter Konzerne und eine verstärkte Fusionskontrolle einsetzen.
- Ein grundlegendes Problem in der Transformation bleibt der Fokus auf Wirtschaftswachstum und das BIP als Messgröße für Wohlstand. Die kommende Bundesregierung sollte sich für ökologisch gerechte, feministische und dekoloniale **Alternativen zur Messung von Wirtschaftsleistung** einsetzen. Diese muss den Beitrag von unbezahlter Pflege- und Sorgearbeit sowie informeller Arbeit anerkennen und die Einhaltung der planetaren Grenzen zur Bedingung machen.